



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. März 2019
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 672 Anfrage Candan Hasan und Mit. über den Stand der Dinge bei der Projektierung des neuen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz / Finanzdepartement

Hasan Candan ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Hasan Candan: Die Antwort der Regierung ist widersprüchlich. So wird zwar ausgeführt, dass der Kanton Luzern die benötigte Menge Holz bereitstellen könnte. Im gleichen Abschnitt heisst es dann aber, dass ein solcher Bau doch nicht möglich ist. Erst gestern hat die Regierung erklärt, dass sie sich für den Klimaschutz einsetzen will. Es ist aber ein schlechtes Zeichen, wenn beim Bau des zentralen Verwaltungsgebäudes nicht auf eigenes Holz gesetzt werden soll. Der Holzbau boomt zwar, aber die Schweizer Holzwirtschaft kann nicht davon profitieren. Die Regierung könnte auf den einheimischen, ökologisch nachhaltigen Rohstoff Holz setzen, tut dies aber nicht und versteckt sich hinter Reglementen und Vorschriften. Wieso bringt es der Kanton Bern fertig, einen neuen Campus der Fachhochschule mit eigenem Holz zu bauen? Unser Parlament könnte der Regierung den Auftrag erteilen, beim Bau des zentralen Verwaltungsgebäudes einheimisches Holz zu verwenden. Wir sollten diese Chance nutzen.

Hanspeter Bucheli: Die Antwort des Regierungsrates enthält durchaus auch positive Aspekte. Ich nehme zur Kenntnis, dass sich die Verantwortlichen für die Planung des zentralen Verwaltungsgebäudes ernsthaft mit der Thematik Holzbau auseinandersetzen. Es wird attestiert, dass eine Holzlieferung aus dem eigenen Staatswald möglich ist. Dass die regionalen Waldorganisationen (RO) diese Anforderungen nicht erfüllen, ist juristisch wahrscheinlich korrekt, stösst aber in der Holzbranche auf Unverständnis. Um das Gebäude zu erstellen, legt der Kanton als Vergabestelle die Kriterien, Parameter und Spezifikationen fest. So kann indirekt Einfluss genommen werden. Statt die genaue Herkunft könnten beispielsweise ein maximaler Anfahrtsweg, der CO₂-Ausstoss der grauen Energie oder eine CO₂-Einlagerung im Gebäude festgelegt werden. Laut meinen Informationen ist diese indirekte Einflussnahme der Normalfall. Laut dem Leitfaden von Lignum Schweiz für die Ausschreibung von Bauten mit Schweizer Holz kann Schweizer Holz verlangt werden. Es gibt auch Zertifikate, die eingefordert werden können. Meines Erachtens ist der Spielraum vorhanden, er muss nur ausgeschöpft werden. Alles in allem werte ich aber das Vorgehen positiv. Ein Holzbau wird ernsthaft in Betracht gezogen. In der Antwort werden dem Holz in Bezug auf die ökologische Nachhaltigkeit zu Recht sehr gute Noten ausgestellt. Eine entsprechend positive Gewichtung dieses Kriteriums wird in Aussicht gestellt, denken wir nur an die CO₂-Bindung, die nur bei einem Holzbau maximal ausgeschöpft werden kann. Holz liegt im Trend, und ich bin überzeugt, dass dem Kanton Luzern ein Holzbau gut anstehen würde.

Georg Dubach: Die FDP unterstützt die Haltung der Regierung voll und ganz. Der

Wettbewerb und das Ausschreibungsverfahren sollen auch bei diesem Bauwerk umgesetzt werden. Wenn beim Bauen Holz verwendet wird, darf es durchaus aus dem eigenen Staatswald stammen. Entscheidend ist aber, dass die gewünschte Menge, die Art und Qualität sowie die Verfügbarkeit nebst dem Preis von entscheidender Bedeutung sind. Ein Holzbau von dieser Grösse wird mindestens 20 Prozent teurer ausfallen. Gemäss Stellungnahme der Regierung zum Postulat P 222 ist ein Pflichtbezug von regionalem Holz nicht möglich. Daher sollte sich der Anfragende dafür engagieren, dass das Submissionsgesetz angepasst wird. Die FDP nimmt die Antwort der Regierung zur Kenntnis.

Jörg Meyer: Es gibt vergaberechtliche und lieferungstechnische Aspekte. Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt. Hier ist die Rede von modularem Holzbau im Hochhausbereich. In dieser zukunftsweisenden Technologie wurden in letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht. Der Kanton Luzern verfügt über etablierte Lieferanten im Ingenieur-, Werkstoff- und Sägereibereich sowie in der Montage, die über das entsprechende Know-how verfügen. Ich würde mir wünschen, dass der Kanton eine zusätzliche volkswirtschaftliche Aufgabe übernimmt und für eine lokale Wertschöpfung sorgt. Es würde dem Kanton sehr gut anstehen, wenn er sich zum Ziel setzt, ein Leuchtturmprojekt mit den Stärken vor Ort zu nutzen. In diesem Sinn kann ich mich der Unzufriedenheit anschliessen. Wo eine politische Vision wäre, würde sich auch ein Weg ergeben.

Angela Lüthold: Die Regierung steht der Verwendung von Holz beim Bau des zentralen Verwaltungsgebäudes sehr positiv gegenüber. Dabei spielen aber zwei Hauptkriterien eine Rolle: einerseits die Mengenbeschaffung und andererseits das Submissionsrecht. Heute können die Vergabekriterien auch nach dem Submissionsrecht so definiert werden, dass Schweizer Holz zur Verwendung kommt. Ich bin auch überzeugt, dass im Kanton Luzern ausreichend Wald für die benötigte Menge Holz vorhanden ist. Im Kanton Luzern gibt es zudem genügend namhafte Unternehmen, für die ein Modulholzbau kein Problem darstellt. Gerade im Rahmen der aktuellen Klimadebatte wäre es positiv zu werten, wenn der Kanton für den Bau Holz verwenden würde. Holz ist ein nachhaltiges Produkt, und es muss verwertet werden, sonst kommt es zu Problemen wie beispielsweise mit dem Borkenkäfer, die einen grösseren volkswirtschaftlichen Schaden verursachen. Die SVP nimmt die Antwort der Regierung zur Kenntnis und wünscht sich, dass das Submissionsverfahren entsprechend durchgeführt wird.

Urban Frye: Ich habe selber gerade eben ein fünfstöckiges Gebäude in Holzbauweise erstellen lassen. Der Bau ist deswegen nicht teurer ausgefallen als ein herkömmlicher Bau. Es handelt sich um das zurzeit grösste Wohnhaus im Kanton Luzern, das aus Holz erstellt worden ist. Nimmt man den volkswirtschaftlichen und ökologischen Aspekt hinzu, sieht die Bilanz bei einem Holzbau bedeutend besser aus als bei einem herkömmlichen Bau: Die einheimische Volkswirtschaft wird gefördert, es ist ein natürlicher Ressourcenbezug, und eine grosse Menge an CO₂-Emissionen kann gespart werden.

Othmar Amrein: Es gibt auch noch andere Bauweisen für Häuser. Der Kanton Luzern verfügt über Kies, das volkswirtschaftlich gesehen ebenfalls sehr wichtig ist. Dieser Zweig sollte deshalb auch nicht ganz vergessen gehen. Heute gibt es interessante Hybridbauweisen aus einer Kombination von Beton und Holz.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Regierung versteckt sich nicht hinter Reglementen, sondern sie hält schlicht und einfach die Gesetze ein. Der Staatsforst kann nicht genügend Holz liefern. Zusammen mit den privaten Anbietern würde es mengenmässig vermutlich reichen, das würde aber zu einem Problem mit dem Beschaffungsrecht führen. Ihr Rat als gesetzgeberisches Gremium ist sicher der Ansicht, dass wir die Gesetze einhalten sollten. Wir haben einen Wettbewerb durchgeführt, also konnten die Luzerner Unternehmen ein Angebot einreichen. Wer kein Angebot eingereicht hat, ist aus dem Rennen. Urban Frye hat offensichtlich ein fünfstöckiges Wohnhaus gebaut, beim zentralen Verwaltungsgebäude geht es aber um einen zehnstöckigen Bau mit anderen technischen Voraussetzungen. Wir haben bei der Ausschreibung des Wettbewerbs zwar Wert auf Holz gelegt, aber unter Berücksichtigung der beschaffungs- und wettbewerbsrechtlichen Auflagen ist es nicht so

einfach, einen Holzbau zu erstellen.